
UVB lehnt neue Lasten für die Braunkohle ab

25.03.15

UVB lehnt neue Lasten für die Braunkohle ab

Amsinck: Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums zum Strommarkt gefährdet Arbeitsplätze in der Lausitz

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg warnt vor einer weiteren einseitigen Belastung des Energieträgers Braunkohle. „Die Regelungen aus dem Eckpunktepapier „Strommarkt“ des Bundeswirtschaftsministeriums würden die Zukunft von Förderung und Verstromung von Braunkohle hierzulande stark gefährden“, kritisierte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB). Die strukturpolitischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme seien offenbar überhaupt nicht geprüft worden.

Als unmittelbare Folge müsste die Hälfte des Kraftwerkparks in der Lausitz sofort stillgelegt werden. „Das würde fatale Konsequenzen für die 8.000 direkt Beschäftigten in der Branche bedeuten. Ebenso würde tausenden indirekt Beschäftigten die Perspektive genommen. Das kann keine Option für die Lausitz sein“, fügte Amsinck hinzu. Die Braunkohle müsse ein wichtiger Baustein im Energiemix bleiben und sei für die Wirtschaftsstruktur der Region unverzichtbar.

„Wir halten einen solchen Eingriff in den Markt für völlig unangemessen“, sagte der UVB-Hauptgeschäftsführer weiter. Zumal das Konzept des Bundeswirtschaftsministeriums für den Klimaschutz nichts bringe: Der Strom würde einfach von anderen deutschen Kohlekraftwerken oder im Ausland erzeugt – bei nahezu unverändertem CO₂-Ausstoß. Zudem würden die Strompreise weiter steigen und Wirtschaft und Verbraucher insbesondere in Ostdeutschland noch stärker belastet.

„Wir fordern das Bundeswirtschaftsministerium auf, zunächst die energie-, industrie- und strukturpolitischen Auswirkungen eines so weit reichenden Eingriffs ernsthaft zu prüfen“, befand Amsinck weiter. Erst danach dürfe es Beschlüsse geben.

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zu den Themen "Energie und Umwelt"

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)